



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün		

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen
aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage
nach § 4 der Geschäftsord-
nung

Stellungnahme zu einem
Antrag nach § 3 der Ge-
schäftsordnung

Erste grundlegende Überlegungen für ein Kölner CO₂-Minderungskonzept

Erste grundlegende Überlegungen für ein Kölner CO₂-Minderungskonzept

In der Sitzung des Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün am 03.05.2007 wurde die Verwaltung beauftragt, eine CO₂-Bilanz für Köln zu erstellen und unter Berücksichtigung der aktuellen Klimaschutzstrategien anderer Großstädte „erste grundlegende Überlegungen für ein Kölner CO₂-Minderungskonzept“ zu erarbeiten. Der aktuelle Sachstand zur CO₂-Bilanz wurde dem Ausschuss zu seiner Sitzung am 12.06.2008 mitgeteilt, in Ergänzung zu Punkt 2 dieser Mitteilung werden nachfolgend die „ersten grundlegenden Überlegungen“ für ein Kölner CO₂-Minderungskonzept konkretisiert. (siehe auch Anlage 1)

Kommunaler Klimaschutz in Köln – ein kurzer Rückblick

Wichtiger Meilenstein für die Entwicklung des kommunalen Klimaschutzes war die 1992 in Rio durchgeführte UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung, an der die Regierungs- und Staatschefs von über 170 Nationen teilnahmen. In den dort gefassten Beschlüssen wurde erstmals auch den Kommunen eine aktive Rolle bei den Themen „Agenda 21“ und „CO₂-Minderung / Klimaschutz“ zugeschrieben. In der Folge wurden in den meisten deutschen Großstädten die Umweltverwaltungen mit der Erstellung erster CO₂-Minderungskonzepte beauftragt und mit den hierfür erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet.

Basis der Diskussion in Köln war ein 1992 im Auftrag der Kölner Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke (GEW) erstelltes Gutachten zu den „Handlungsoptionen zur CO₂-Minderung in Köln“. Die Stadt Köln trat 1991 dem „Klima-Bündnis“ bei und von der für den Beitritt zuständigen Umweltverwaltung wurde damals der Vorschlag eingebracht, dem Beispiel anderer deutscher Großstädte zu folgen und das Aufgabengebiet „gesamstädtische CO₂-Minderung“ (zusammen mit den in der Hochbauverwaltung hierfür vorhandenen drei Planstellen und Sachmitteln) auf die Umweltverwaltung zu übertragen. Leider ließ sich dieser Vorschlag verwaltungsintern nicht durchsetzen.

Im weiteren Verlauf wurde die Hochbauverwaltung dann Mitte 1995 vom Stadtvorstand beauftragt, ein "Arbeitsprogramm für ein CO₂-Minderungskonzept" zu erarbeiten. In Ergänzung dazu wurde die Umweltverwaltung Ende 1995 vom Umweltausschuss beauftragt, mit den vorhandenen Ressourcen das "Umweltprogramm Köln" in den Handlungsfeldern "Energie und Umwelt" und "Verkehr und Umwelt" fortzuschreiben. Als Aufgabenschwerpunkte wurden dabei der energiesparende Wohnungsneubau und die energieeffiziente Stadtplanung, die Energieeinsparung im privaten Gebäudebestand und die Stromeinsparung bei den Verbrauchern benannt. Diese durchaus klimaschutzrelevanten Aufgaben werden, von der Umweltverwaltung bis heute mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen wahrgenommen.

Die Erarbeitung des Arbeitsprogramms für ein Kölner CO₂-Minderungskonzept wurde dagegen bereits Mitte 1996 eingestellt. Vorausgegangen war die Ausgliederung der Abteilung "Energiewirtschaft" in die neu eingerichtete städtische Gebäudewirtschaft. Diese stellte dann wiederum fest, dass sie diese Aufgabe nach ihrer Satzung gar nicht wahrnehmen darf und außerdem die hierfür einmal vorhandenen Ressourcen bei der Umorganisation eingespart worden seien.

Im Nachgang dazu gab es 6 Jahre lang innerhalb der Kölner Stadtverwaltung keine Zuständigkeit und keine personellen Ressourcen für das Aufgabengebiet "gesamstädtische CO₂-Minderung". Die Aufgabe wurde 2002 der Umweltverwaltung zugeordnet und vom Rat der Stadt Köln hierfür eine zusätzliche Stelle bewilligt. Wegen der schwierigen Haushaltslage (Haushaltsicherungskonzept) wurde diese freiwillige Aufgabe dann aber bereits im Juli 2003 mit Beschluss des Rates wieder "eingespart". Dadurch war es der Umweltverwaltung bis zu dem Beschluss des Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün vom Mai 2007 zur Aufstellung einer Kölner CO₂-Bilanz und der Entwicklung erster grundlegender Überlegungen für ein Kölner CO₂-Minderungskonzept nicht möglich, in diesem kommunalen Handlungsfeld aktiv zu werden.

Insofern muss bei der Betrachtung des Status quo zum kommunalen Klimaschutz in Köln bedacht werden, dass die im Mai 2007 mit den Themen CO₂-Bilanz und CO₂-Minderungskonzept beauftragte Umweltverwaltung in den 15 Jahren zuvor – anders als bei allen vergleichbaren deutschen Großstädten – weder für diese Aufgabe zuständig war noch über die hierfür erforderlichen Ressourcen verfügt.

Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise für das Kölner CO₂-Minderungskonzept

Wie in **Anlage 1** näher ausgeführt, konnten aus den Klimaschutzaktivitäten der "Vorreiterstädte" Frankfurt a. M., Münster, Freiburg und Aachen aber auch aus den bisherigen klimaschutzrelevanten Aktivitäten in Köln einige **grundlegende Eckpunkte** für die Entwicklung eines Kölner CO₂-Minderungskonzeptes abgeleitet werden (siehe Punkt 2). In Punkt 3 der Anlage 1 sind außerdem die **potentiellen Handlungsfelder und die Ratsbeschlüsse** der letzten 10 Jahre, mit denen explizit ein Beitrag zur CO₂-Minderung geleistet werden sollte, beschrieben.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass **das Hauptaugenmerk bei einem Kölner CO₂-Minderungskonzept** darauf zu legen ist,

- welche **Einsparpotentiale** kommunal überhaupt zu beeinflussen sind (viele Maßnahmen werden vor allem durch gesetzlichen Vorgaben oder nationale Förderangebote unterstützt),
- dass die volkswirtschaftlich sinnvollsten CO₂-Minderungsmaßnahmen nur über ein **kommunales Ranking** der besonders effizienten und erfolversprechenden Maßnahmen zu ermitteln sind, und
- dass die spätere **Umsetzung der Maßnahmen** im Vordergrund stehen muss sowie die hierfür erforderlichen Akteure sehr frühzeitig einbezogen werden müssen (Vorbild "EnergieEffizienz-Konzept Aachen").

Darüber hinaus müssen natürlich auch der energiewirtschaftliche Hauptakteur RheinEnergie eingebunden und das Kölner CO₂-Minderungskonzept mit den RheinEnergie-Projekten "Energie und Klima 2020" und "Energie-Innovationsfond" verzahnt werden.

Vor diesem Hintergrund wurden erste konzeptionelle Gespräche mit renommierten Instituten geführt, die über die erforderlichen Kompetenzen und einschlägige Referenzen verfügen. Danach ist als "Einstieg" in eine Kölner Initiative zur CO₂-Minderung die Erstellung eines "**integrierten**" **Klimaschutzkonzeptes** zu sehen, das sich an dem gerade veröffentlichten Kriterienkatalog des BMU zur Förderung von Klimaschutzkonzepten orientiert (siehe <http://www.fz-juelich.de/ptj/klimaschutzkonzepte>), um so die Förderfähigkeit (bis zu 80%) sicherzustellen.

Das Konzept soll aufbauend auf den in Anlage 1 genannten Handlungsfeldern **übergreifend den gesamten Energiebereich** behandeln und in seinen Szenarien auf den Zeitraum 2020 angelegt sein. Als wesentliche Bestandteile wurden ausgemacht:

- eine fortschreibbare Energie- und CO₂-Bilanz sowie deren Abgleich mit der Klima-Bündnis-Grob- und Detailbilanz,
- Ermittlung der wirtschaftlichen Einsparpotentiale auf Basis der Kölner Ist-Situation (z.B. Gebäudetypologie, Verkehrsstruktur) und nationaler Studien zur Effizienzentwicklung,
- Entwicklung eines zielgruppenspezifischen Maßnahmenkataloges mit konkreten Handlungsbeschreibungen bei frühzeitiger Einbindung der relevanten Akteure (partizipativer Ansatz),
- Darstellung eines Referenz- ("Business as usual") und eines KLIMA-Szenarios (Ausschöpfung der kommunalen und nationalen Möglichkeiten für den Zeithorizont 2020),
- Darstellung der zu erwartenden Investitions- und Anschubkosten sowie überschlägige Berechnung der regionalen Wertschöpfung,
- Konzepterstellung für ein Controlling-Instrument (Klimaschutzziel) und die Öffentlichkeitsarbeit.

Die **Kosten** für ein solch fundiertes Klimaschutzkonzept für den Energiebereich sind auf etwa 150.000 € netto zu veranschlagen, für den Transportsektor schlagen ca. 100.000 € zu Buche. Wenn die Förderfähigkeit des Konzeptes erreicht wird, würden davon bis zu 80% über das o. g. BMU-Förderprogramm finanziert. Als Bearbeitungszeitraum sind bei intensiver Beteiligung der Kölner Akteure etwa 9-12 Monate zu veranschlagen. In Abhängigkeit von der Bewilligung der Fördermittel kann die Maßnahme damit wohl erst im vierten Quartal 2009 abgeschlossen werden. Erste Zwischenergebnisse sollten etwa Mitte 2009 vorliegen.

Ohne diesem Ranking vorgreifen zu wollen, bietet es sich aufgrund der vielen Solarsiedlungsprojekte im Bestand (u. a. der Kölner Erbbauverein e. G. mit 5 Projekten und die GAG Immobilien AG mit der "Solarsiedlung Ossendorf") schon jetzt an, die positiven Erfahrungen dieser Projektträger mit der energieeffizienten Gebäudemodernisierung in einem ersten Klimaschutzprojekt an die gesamte Kölner Wohnungswirtschaft heranzutragen. Bei zeitnaher Umsetzung der geplanten Stellenzusetzung könnte dieses durchaus zeitgleich zur Erstellung des "integrierten" Klimaschutzkonzeptes in Angriff genommen werden. Aus Kapazitätsgründen gibt es dazu aber noch keine Detailplanung.

Darüber hinaus wäre es ein positives Signal, wenn sich das langjährige Engagement der Umweltverwaltung in dem NRW-Projekt "(Städtebaulich) Planen mit der Sonne" und der bereits Mitte 2000 gefasste Beschluss des Stadtentwicklungsausschuss, alle städtebaulichen Planungen in Köln von Beginn an solarenergetisch zu optimieren, nun auch in einem ersten Modellprojekt niederschlagen würde.

Zur Unterstützung des Arbeitsbereiches Umweltvorsorge und zur Sicherstellung einer nachhaltigen Bearbeitung der Arbeiten zum CO₂ Minderungskonzept wird eine zusätzliche Stelle für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter/ eine wissenschaftliche Mitarbeiterin für dieses Sachgebiet eingerichtet.

